

# Die Irren und die Normalen

Wolfgang Storz über Verdienste des Anti-Amerikanismus und die deutsche Unterwürfigkeits-Bilanz

Der deutsche stolze Außenminister fleht um Respekt und will die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die für ihn so »notwendig und unverzichtbar« sind, »auf der Grundlage von Vertrauen und gegenseitigem Respekt« wiederbeleben. Zeitgleich erwägt der NSA-Bundestagsausschuss, künftig mit mechanischen Schreibmaschinen zu arbeiten, so der Vorsitzende Patrick Sensburg (CDU), um die US-Ausspäher in die E-Mail-Leere laufen zu lassen; hoffentlich macht sich der Ausschuss auch noch Gedanken darüber, wie die Briefboten und -tauben, welche die mechanisch getippten Schreiben und Dokumente zu transportieren haben, vor NSA-Entführungen oder -Drohnenbeschuss geschützt werden können.

Es spricht viel dafür, die Abhör- und Spionageereignisse der letzten Monate gelassen als Beiträge der USA zu sehen, welche die These des Psychotherapeuten und Buchautors Manfred Lütz belegen sollen, nicht die Irren, sondern die Normalen seien das Problem. Sollte uns jedoch die Kraft zu dieser Gelassenheit fehlen, stellt sich uns die Frage: Welche Konsequenzen und Schlüsse ziehen wir aus unserem neuen Wissen?

Wir sollten endlich die Psychoanalytiker bitten, sich aktiv an der Analyse politischer Prozesse zu beteiligen. Denn es zeigt sich zunehmend, dass wir mit dem normalen politikwissenschaftlichen Besteckasten, der sich auf die Analyse von Interessen und Macht konzentriert, nicht mehr sehr weit kommen.

Wir könnten zudem aus den Vorgängen lernen, wie unsinnig es ist, in der Politik mit Beteuerungen und Bekenntnissen zu hantieren. Völlig richtig ist es, sich notfalls auch mit Verve zu Zielen und Werten zu bekennen. Aber doch nicht zu Natio-

nen, Staaten oder gar Regierungen. Wer sich noch daran erinnern kann und mag: In Westdeutschland lebten wir über Jahrzehnte von feurigen Bekenntnissen zu den USA und deren angeblich vernünftiger und richtiger Politik; vermutlich war es in der DDR mit den ruhmreichen sowjetischen Brüdern und Schwestern auch nicht viel anders. Spätestens heute wissen wir: Dankbar müssen wir jenen Wenigen sein, die in diesen Zei-



**Wolfgang Storz** war bis 2006 Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« und arbeitet seither als Berater und Publizist.

Foto: Stephan Moll

ten unter Bedingungen von Ächtung und auch Verfolgung die so genannten antiamerikanischen Umtriebe zu verantworten hatten, also die Demonstrationen und öffentlich vorgebrachte Kritik an den Verfehlungen der US-Politik vom Vietnam- bis zum Irak-Krieg und allem, was dazwischen war und danach noch kam. Mit einem geflügelten Wort, lediglich leicht abgewandelt: Die Verdienste des deutschen Antiamerikanismus müssen in fetten Lettern neu aufgeschrieben und gewürdigt werden. Hätte es diese harte Kritik – von einflusslosen Minderheiten gegen den überwältigenden Mainstream der Politik vorgetragen – an den jeweils herrschenden US-Politiken

nicht immer wieder gegeben, die deutsche Unterwürfigkeitsbilanz fiel noch beschämender aus.

Und was könnten wir noch daraus lernen? Beispielsweise: auch auf anderen Feldern der Politik auf Beschwörungsformeln und Bekenntniswahn zu verzichten und uns auf das zu konzentrieren, was ist und was nicht ist. In der Debatte über die EU wird von großen Mehrheiten mit ähnlichen Drohgebärden hantiert: So geächtet wie der Antiamerikanismus wird hier derjenige, der es wagt, in der EU nicht die Zukunft und gar im Nationalstaat nicht die Vergangenheit zu sehen. Auch hier scheint es sinnvoll zu sein, diese Bekenntnispolitik abzulegen. Wenn das EU-Parlament unverändert wenig zu sagen hat, die EU-Politik aber immer mehr das Leben prägt, wenn die EU-Kommission es normal findet, monatelang mit der Ausspäheration im Geheimen – als unabdingbare Voraussetzung für jegliche Abhöraktion – über das Freihandelsabkommen TTIP zu verhandeln, warum soll ich dann im Prinzip für die EU sein? Wer will denn ausschließen, dass halbwegs demokratisch organisierte Nationalstaaten, die friedlich kooperieren, der guten europäischen Idee nicht bekömmlicher sind als die Herrschaft des Europäischen Gerichtshofes und die Politik einer von Lobbyisten umstellten undurchsichtig agierenden EU-Bürokratie? Letztlich können sowieso nur starke nationale Demokratien auf EU-Ebene ebenensolche Verhältnisse durchsetzen.

Also: nicht länger sich Bekenntnissen unterordnen, sondern schauen, wer was konkret macht und was nicht, und dann nach Bedarf solange antiamerikanisch sein, bis die USA in uns souveräne Bürger sehen, und solange antieuropäisch sein, bis die EU demokratisch erblüht.